

# Gleiches Recht für alle

**Zum Artikel „Nieber erteilt Politikern Hausverbot“ (TAGEBLATT vom 31. August) schreibt Ulrich Hemke, Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag. Brinkstraße in Stade:**

Es ist ja bekannt, dass Herr Grundmann, beziehungsweise seine CDU, gerne Wahlkampf in öffentlichen Gebäuden macht (zuletzt nach meiner Erinnerung anlässlich des Jubiläums der Deutschen Einheit im Stader Rathaus). Anders als Herr Grundmann bin ich der Auffassung, dass die Bürgermeisterin (zumal als Hausherrin der meisten Schu-

len in Stade) das Recht hat, Parteien wie NPD oder AFD deren Wahlkampf in städtischen Gebäuden zu untersagen. Und nach dem Grundsatz „gleiches Recht für alle“ muss sich auch die CDU an den Gedanken gewöhnen, dass sie keine Sonderrechte beanspruchen kann.

Die Bürgermeisterin handelt in meinen Augen nicht rechtswidrig, wie Herr Grundmann meint, sondern pflichtgemäß. Ich möchte nicht, dass in den städtischen Schulen und anderen Einrichtungen Parteien Rassismus predigen und gegen die „Systemparteien“ hetzen.